



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSSTELLE DER UNIVERSITÄT
OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 51064 · REDAKTION:
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), JOHANNES BUCHRUCKER, KARIN WOLF ·
MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSONLICHE MEINUNG
DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK — AUCH NUR AUSZUGSWEISE —
NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ·
(DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN
EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN
CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

13. August
18/76

Aufruf zur Unterstützung des Bürgerkomitees

„Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg“

Die Lehrenden, Studierenden und Bediensteten der Oldenburger Universität haben sich in ihren demokratisch gewählten Vertretungen einmütig für den Namen „Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg“ entschieden. Dieser Name ist unserer Universität mit der Begründung verweigert worden, es sei nicht mehr zeitgemäß, Universitäten und Schulen besondere Namen zu geben. Eine solche Entscheidung widerspricht aber der gängigen Praxis. Zudem ist sie nicht angemessen, wenn man an die Bedeutung des demokratischen und pazifistischen Denkens des Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietsky auch für die Arbeit der Universität denkt. Gemäß ihrer vom Minister genehmigten Satzung trägt die Universität nämlich im Dienste des Friedens und gesellschaftlichen Fortschritts zur demokratischen Entwicklung einer sozialen Gesellschaftsordnung bei. Deshalb haben wir als Oldenburger Bürger uns zusammengeschlossen und fordern, daß unsere Universität den Namen „Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg“ offiziell führen darf.

Elisabeth Adler, Hausfrau; Dr. Lothar Ahne, Pfarrer; Klaus Antes, Autor; Erich Back; Reimund Belling, Schriftsteller; Marion Bertram; Thomas Block, Krankenpflegeschüler; Manfred Böning, Angestellter; Elfriede Bruns, Bürokaufmann; Irene Bruns, Arzthelferin; Dr. Wilhelm Büttmeyer, Wiss. Assistent; Kurt Degen; Paul Eberlein; Antje Franksen, Erzieherin; Dr. Liesl Friedl; Reingard Fröhlich; Herbert George, Schriftsteller; Virtus Grosch, Arzt; Albert Goldenschmidt; Baumeister; Horst Hahn, Sozialarbeiter; Joseph Hantscher; Heinz-Günter Hartig, Buchdrucker; Renata Hartig; Käte Hinrichs Schneiderin; Wolf Herzog; Hans-Dieter Hüttmann, Pfarrer; Klaus Johanns; Ursula Joost, Hausfrau; Manfred Keiper, Schüler; Heidi Knaake, Wiss. Mitarbeiterin; Gerd Kraft, Fachoberschüler; Uwe Kretschmar, Techn. Revisor; Gustav Lippert, Rentner; Lieselotte Lippert, Rentnerin; Volker Lippert, Schauspieler; Harald Markert; Klaus von Mering, Pfarrer; Karsten Miks; Hans-Joachim Müller, Lehrer; Christa Myrtus; Alfred Niemann; Enzia Niemann; Ina Niemann; Udo Neumann, Lehrling; Ernst Nerger, Maschinenbauer; Marion Pokorny,

Sabine Postel, Schauspielerin; Bernd Prosko, Psychologe; Detlef Puls, Elektriker; Alfriede Reschleit, Arbeiterin; Heinrich Reschleit, Kaufmann. Angestellter; Walter Rhöse, Schauspielerin; Michael Rittenbörger, Buchhändler; Walter Rosenbohm, Abiturientenberater; Jürgen Rylewicz, Drucker; Wilhelm Schönfeld, Dipl.-Handelsberater; Jürgen Schäfke, Lehrer; Karin Schultz, Angestellte; Rainer Schumann, Pfarrer; Werner Schwarz, Programmierer; Hans Schneider; Klaus Seemann, Rechtsanwalt; Malwine Seemann, Hausfrau; Hans Seichter, Delmenh., Möllerwerker; Monika Seiffert; Barbara Sellin; Karin Senn; Joachim Spielmann; Jürgen Steinfurth, Kaufm. Angestellter; Ursula Störling, Lehrerin; Peter Störling, Pfarrer; Elisabeth Tholl, Hausfrau; Max Tholl, Rentner; Ursula Tietjen, Hausfrau; Iris Thiemermann, Fachoberschülerin; Andreas Tola; Martin Tola; Marina Wandruszka, Schauspielerin; Kurt Weigel; Manfred Wendrich, Angestellter; Joachim Westerholz, Sportlehrer; Anna Winderlich, Sekretärin; Barbara Wulf; Klaus Zehelein.

- Ich schließe mich der Forderung an, daß die Oldenburger Universität den Namen „Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg“ offiziell führen darf.
- Ich bitte um Information über die nächsten Vorhaben des Bürgerkomitees.
- Ich bin bereit, aktiv im Bürgerkomitee „Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg“ mitzuarbeiten.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

Name: _____ Unterschrift: _____

Vorname: _____ Beruf: _____

Wohnort: _____ Straße: _____

Bitte senden an: Bürgerkomitee Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg, z. Hd. Herrn W. Herzog, 29 OL, Am Alexanderhaus 160.

Die Unterstützung des Bürgerkomitees ist selbstverständlich nicht an finanzielle Zuwendungen gebunden; Spenden sind jedoch jederzeit willkommen: Spendenkonto bei der Landesbank zu Oldenburg (BLZ 280 501 00), Konto-Nr. 014-121 800.

Unterstützung aus der Bevölkerung: Anzeige in der NWZ vom 7.8.76

Bibliothek

Der Rohrkrepierer des Finanzministers

Die Bibliothek der Universität wird nun doch weitere Bücher kaufen können. Wie das Wissenschafts- und das Finanzministerium in Hannover erklärt haben, ist die Hochschulbaugesellschaft (HGB) gebeten worden, die für den Aufbau eines "angemessenen Büchergrundbestandes" an den Universitäten Oldenburg und Osnabrück erforderlichen Mittel in ihren Wirtschaftsplan "einzustellen", auch wenn der ursprünglich vorgesehene Betrag (für Oldenburg: 10 Millionen Mark) überschritten werde.

Damit ist eine Anweisung des Finanzministers, die ohne Wissen des Wissenschaftsministeriums im Juni der HBG zuging, wieder rufen worden, in der die Mittel für die Bücherbeschaffung auf 5 Millionen Mark im Jahre 1976 begrenzt worden waren. Dies hätte nach einer Mitteilung der Bibliothek einen totalen Bestellstopp sowie die Nichterfüllung bereits bestehender Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 5,8 Millionen Mark bedeutet. Die Folgen wären katastrophal gewesen: keine Beschaffung der für Lehrveranstaltungen unverzichtbaren Bücher und Abbruch des Erwerbs wichtiger Grundwerke und Zeitschriften. War die Literaturversorgung der Universität

schon bisher schwierig, weil der bei der Hochschulneugründungen erforderliche und übliche Vorlauf für den Bibliotheksaufbau vom Land nicht ermöglicht worden war, so hätte die Mittelkürzung weitere Bestandslücken zur Folge gehabt, die kaum mehr hätten geschlossen werden können. Der Bestellstopp hätte somit zu einer ernsthaften Gefährdung des Lehrbetriebs und zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen bei der Berufungspolitik der Hochschule geführt.

Dabei sind die veranschlagten 10 Millionen Mark für den Grundbestand sowie so schon knapp bemessen; für die Bi-

Fortsetzung Seite 2

Bürgerkomitee

Mit Aufklärungsaktionen über das Leben und Schaffen Carl von Ossietskys, will das in der vergangenen Woche gegründete Bürgerkomitee "Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg" in die Auseinandersetzung um die Namensgebung der Oldenburger Universität eingreifen. Wie ein Sprecher des Komitees auf einer Pressekonferenz erklärte, sei es das Ziel seiner Organisation, die bereits knapp 100 Mitglieder umfaßt, die Universität dabei zu unterstützen, die Namensgebung der Hochschule nach dem Pazifisten und Friedensnobelpreisträger durchzusetzen.

Nachdrücklich machte einer der Initiatoren des Bürgerkomitees, der Chefdrama- turg am Oldenburger Staatstheater, Klaus Zehelein, klar, daß sich das Komitee auf eine langfristige Arbeit eingestellt habe. Es ginge darum, einerseits mehr Informationen über das Wirken und Schaffen Carl von Ossietskys in die Bevölkerung zu tragen und gleichzeitig Vorurteile gegen die Universität abzubauen.

Bereits im Herbst will das Komitee mit einer Großveranstaltung an die Öffentlichkeit treten. Als Hauptredner kommen der letztjährige Träger der Carl-von-Ossietsky-Medaille und ehemalige Bürgermeister von Berlin, Pastor Heinrich Albertz, und der Schriftsteller Siegfried Lenz in Frage. Eine Dia-Ton- schau über Carl von Ossietsky möchte das Bürgerkomitee in den Schulen vorführen. In diesem Zusammenhang erklärte Zehelein, daß das Komitee eine enge Zusammenarbeit mit Institutionen wie der Volkshochschule und den Gewerkschaften u.a. anstrebe. Allerdings können diese nicht Mitglied werden, da sich das Bürgerkomitee nur aus Einzelpersonen zusammensetze.

Ohne es direkt auszusprechen machte Zehelein in diesem Zusammenhang klar, daß die Mitgliedschaft von Studenten in dem Komitee nicht unbedingt erwünscht ist, weil damit der Charakter des Komitees gefährdet sei. Es solle nämlich deutlich werden, daß sich hier Oldenburger Bürger zusammengeschlossen hätten, um ihre Mitbürger zu informieren.

gh

ELAB finanziell abgesichert

Aber Probleme bleiben - Mittel auch für "Freizeitsport"

Endgültig abgesichert ist nach langen Querelen das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben "Einphasige Lehrerausbildung" (ELAB) der Universität Oldenburg. In einem Erlass hat das Bundeswissenschaftsministerium der Universität für diesen Versuch 4,5 Millionen Mark zugewiesen und damit dem Antrag entsprochen, den das Land und die Hochschule gemeinsam an den Bund gestellt haben. Weitere knapp 2 Millionen wird das Land für die Einphasige Lehrerausbildung bis August 1979 bereitstellen. In den insgesamt ca. 6,5 Millionen Mark sind jene 1,3 Millionen enthalten, die innerhalb des Forschungsvorhabens für die Projektgruppe "Freizeitsport" zur Verfügung stehen.

Die Terminierung auf August 79 bezieht sich auf das Examensdatum der ersten Studenten, die diesen Studiengang im Sommersemester 74 belegt haben. Schon ein Jahr vorher könnten allerdings theoretisch jene Studenten die ELAB abschließen, die den Schwerpunkt Primarstufe und Sekundarstufe I gewählt haben.

Die Weiterfinanzierung des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens, eines der größten, das das Wissenschaftsministerium vergeben hat, wurde nicht zuletzt deshalb genehmigt, weil sich inzwischen herausgestellt hat, daß die Kosten für die ELAB nicht höher sind, als die der zweiphasigen Lehrerausbildung. Vor dem Niedersächsischen Landtag erklärte dazu Professor Dr. Freiherr von Campenhausen, vergleichende Berechnungen hätten ergeben, daß die berufspraktische Ausbildung im Rahmen der ELAB erheblich kostengünstiger sei, als der Probiedienst der Lehrer z.A. und der Realschullehrer z.A. und kostenneutral gegenüber dem Vorbereitungsdienst der zweiphasigen Ausbildung. Auch lägen die durch den Versuch an der Universität unmittelbar entstehenden Kosten einschließlich Personalkosten nicht über denen der herkömmlichen Lehrerausbildung.

Damit beantwortete Campenhausen eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Flick und Dr. Niewerth, die u.a. auch wissen wollten, in welchem Maße Schüler, Lehrer und Schulen durch die ELAB belastet würden. Antwort der Landesregierung u.a.:

"Die Belastung von Schülern, Lehrern und Schulen durch die einphasige Lehrerausbildung entspricht etwa der Belastung durch den Vorbereitungsdienst der zweiphasigen Lehrerausbildung. Hier wie dort müssen in etwa gleichem Maße Klassen und Lehrer für die Ausbildung zur Verfügung stehen. Die Belastung durch den Probiedienst für Lehrer z.A. und Realschullehrer z.A. ist geringer, da hier im wesentlichen nur theoretische Veranstaltungen stattfinden. Das wird sich ändern, wenn ab 1.2.1977 der Probiedienst durch den Vorbereitungsdienst ersetzt wird. Dann ist auch in diesem Bereich die Vergleichbarkeit hinsichtlich der Belastung gegeben..."

Trotz der finanziellen Absicherung und der positiven Einschätzung der Landesregierung zur Einphasigen Lehrerausbildung sind die Probleme keineswegs gelöst. Wie bereits berichtet, stehen dem ZpB noch längst nicht genügend Kontaktlehrer zur Verfügung. Zwar sind 185 Planstellen vom Ministerium bewilligt worden, jedoch stehen mit Beginn des unterrichtspraktischen Anteils Anfang August des Jahres nur 95 Kontaktlehrer zur Verfügung. Nach Meinung des Leiters des ZpB ist diese Tatsache u.a. darauf zurückzuführen, daß die Ausbildungskapazitäten der Region für die einphasige und die zweiphasige Lehrerausbildung noch nicht aufeinander abgestimmt seien. Außerdem bestehen bei Kontaktlehrern eine gewisse Scheu gegenüber unbekannten Ausbildungsansprüchen, wie dem Projektstudium und der Berufsfeldforschung. Nicht zuletzt dürften allerdings auch die verschärften Auswahlpraktiken durch die Schulverwaltung Ursache für die prekäre Situation sein. So wies die Schulverwaltung von 80 Bewerbern im Raum Oldenburg und Aurich lediglich 35 eine Stelle als Kontaktlehrer zu. Daß dabei politische Motive in Hinblick auf einzelne Bewerber eine nicht geringe Rolle gespielt haben, schließen Beobachter der Szene nicht aus. Nachgewiesen ist auch, daß Rektoren zum Teil erheblichen Druck auf solche Lehrer ausgeübt haben, die sich um eine Kontaktlehrerstelle bewerben wollten.

In Zukunft soll das Auswahlverfahren für Kontaktlehrer jedoch transparenter werden. Die Schulverwaltung, die für die Benennung der Kontaktlehrer zuständig ist, hat angekündigt, sie werde einen ausführlichen Kriterienkatalog für den Einsatz von Kontaktlehrern vorlegen.

Projekt "Freizeitsport"

Die Projektgruppe "Freizeitsport", mit 1,3 Millionen Mark finanziell ausgestattet, soll sich vornehmlich mit - Lehr- und Forschungsplanung im Problemfeld "Freizeit und Sport" - Um- und Neuplanung von bedürfnisorientierten Spiel- und Sportheinrichtungen und - Analyse von Bedingungsfaktoren unterschiedlicher räumlicher Umwelt befassen,

Eine der Hauptaufgaben der aus vier wissenschaftlichen und zwei nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern sowie zwei wissenschaftlichen Hilfskräften bestehenden Gruppe wird die Entwicklung neuer Curricula im Hochschul- und Schulbereich sein.

gh

Bibliothek

Fortsetzung von Seite 1

bliothek der Universität Regensburg, die in etwa vergleichbar mit der Oldenburger Hochschule ist, allerdings zusätzlich über eine juristische Fakultät verfügt, sind in zehn Jahren bis Ende 1975 45 Millionen Mark für den Büchergutbestand aufgewandt worden. Aber auch der Buchhandel wäre von dieser Maßnahme hart getroffen worden. Wie die Arbeitsgemeinschaft der Oldenburger Büchernhändler im Anschluß an ein Gespräch zwischen Rektorat, Bibliothek und Vertretern ihrer Organisation in einem Schreiben an die Universität in einem Schreiben an die Universität - noch vor Zurücknahme der Entscheidung - betonte, waren einige mit erheblichem finanziellen Aufwand verbundene Leistungen des Buchhandels-Bibliographieren, Anschaffung von Bibliographien zur Einsicht für Lehrende und Studenten, regelmäßige Vorlage wissenschaftlicher Neuerscheinungen (ständig oder mit ca. 100 Verlagen) - nicht mehr möglich bzw. umsonst gewesen. Weiter wären, so die Buchhändler, Arbeits- und Ausbildungsplätze in den Buchhandlungen gefährdet gewesen, und die Veränderung des Erwerbungsverfahrens hätte eine Erhöhung des Bibliothekspersonals erforderlich gemacht. Nach dem Protest der Buchhändler hatten sich auch die beiden CDU-Abgeordneten Josef Dierkes und Dr. Niewerth entschlossen, beim Finanzministerium zu intervenieren. jb

Gremienreform

Unter dem Gesichtspunkt einer effektiven demokratischen Selbstverwaltung will die Bremer Universität ihre Gremienstruktur überprüfen. Gegenstand des Reformvorschlags, so die Bremer Universitäts-Zeitung, sind nicht die Angriffe gegen demokratische Entscheidungsstrukturen in den Gremien in Form der Drittelparität. Vielmehr solle der inneruniversitären Kritik Rechnung getragen werden, die u.a. Unüberschaubarkeit der Gremien, Besetzungsschwierigkeiten, geringe Anwesenheit der Mitglieder, zu hohen Zeitaufwand und Schwerfälligkeit des Entscheidungssystems anführen.

AK Erwachsenenbildung in Oldenburg

Vom 30. 9. bis 2. 10. 1976 findet auf Einladung der Universität die Jahrestagung des Arbeitskreises universitäre Erwachsenenbildung in Oldenburg statt. Das Eröffnungsreferat wird auf dieser Tagung der Staatssekretär im niedersächsischen Wissenschaftsministerium, Professor Dr. Wolfgang Schulenberg (Universität Oldenburg) teilnehmen. Die Tagung des Arbeitskreises wird organisiert von der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung und Freiherr von Campenhausen, halten. An einer anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema "Weiterbildung und

Hochschule - Perspektive ohne Expansion?" werden u.a. der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Dr. Werner Knopp, der ehemalige niedersächsische Wissenschaftsminister, Professor Dr. Joist Grolle, und Professor Dr. Wolfgang Schulenberg (Universität Oldenburg) teilnehmen. Die Tagung des Arbeitskreises wird organisiert von der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung und

Damit hat das Ministerium einen juristischen Weg beschritten, der ihm möglicherweise durch das Urteil des Verwaltungsgerichts nahegelegt worden war. Das Verwaltungsgericht hatte nämlich die fristlose Entlassung Müllers aus disziplinarrechtlichen Gründen deshalb abgelehnt, weil das Ministerium in der Begründung Punkte aufgeführt hatte, die nicht Gegenstand des vom Ministerium verlangten und von der Universität korrekt durchgeführten Untersuchungsverfahrens waren.

Deshalb wich jetzt das Ministerium von seiner bisherigen Position ab und begründete die Entlassung Müllers nicht mehr mit Disziplinarvergehen, sondern mit mangelnder Eignung im Sinne des § 9 Nr. 2 des Niedersächsischen Beamten gesetzes. Dazu heißt es in dem Schreiben an den Politologen: "Sie bieten nicht die von jedem Beamten zu fordern- de Gewährung dafür, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundord-

nung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Dieser Eignungsmangel ist so stark, daß eine pflichtgemäße Ausübung des in § 40 Abs. 1 NBG eingeräumten Ermessens zu ihrer Entlassung führen muß. Ihr offensichtlicher Eignungsmangel in diesem Punkt kann auch nicht durch eine korrekte Aufgabenerfüllung im übrigen aufgewogen werden." Gleichzeitig ordnete das Ministerium die sofortige Vollziehung der Verfügung an, da ein öffentliches Interesse daran bestehe, die Wirksamkeit der Entlassung zum festgesetzten Termin nicht durch offensichtlich aussichtslose Rechtsmittel zu hemmen.

Ob ein Widerspruch gegen diesen Be-

scheid des Ministeriums tatsächlich aus-

sichtslos ist, dürfte bezweifelt wer-

den. Juristen nämlich fragen sich, ob

die numehr ausgesprochene fristgerech-

te Entlassung wegen Eignungsmangel nicht

eine Umgehung der disziplinarrechtli-

chen Vorschriften darstellt. gh

Fall Müller

Erneute Entlassung

Nur elf Tage nach Aufhebung der fristlosen Kündigung des Wissenschaftlichen Assistenten und KBW-Mitgliedes Wolfgang Müller durch das Verwaltungsgericht Oldenburg, hat der Niedersächsische Wissenschaftsminister dem Beamten auf Wider ruf erneut ein Entlassungsschreiben übersandt. Diesmal enthält es eine fristge rechte Kündigung zum 30. September wegen mangelnder Eignung.

Das Verwaltungsgericht hat das Ministerium einen juristischen Weg beschritten, der ihm möglicherweise durch das Urteil des Verwaltungsgerichts nahegelegt worden war. Das Verwaltungsgericht hatte nämlich die fristlose Entlassung Müllers aus disziplinarrechtlichen Gründen deshalb abgelehnt, weil das Ministerium in der Begründung Punkte aufgeführt hatte, die nicht Gegenstand des vom Ministerium verlangten und von der Universität korrekt durchgeführten Untersuchungsverfahrens waren.

Deshalb wich jetzt das Ministerium von seiner bisherigen Position ab und begründete die Entlassung Müllers nicht mehr mit Disziplinarvergehen, sondern mit mangelnder Eignung im Sinne des § 9 Nr. 2 des Niedersächsischen Beamten gesetzes. Dazu heißt es in dem Schreiben an den Politologen: "Sie bieten nicht die von jedem Beamten zu fordern- de Gewährung dafür, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundord-

Regierung hat keine Bedenken

Keine Bedenken hat die Landesregierung gegen die Aufnahmepraxis des Studentenwohnheimes der Hermann-Ehlers-Stiftung. Das erklärte der Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, Professor Dr. Freiherr von Campenhausen, vor dem Parlament. Er beantwortete damit eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Horrmann, der Anstoß an einem Konzilsbeschluß der Universität Oldenburg genommen hatte. In dem Beschluß wird der Stiftung verfassungswidrige Gesinnungsschnüffelei vorgeworfen, die eine weitere Eskalation im Abbau freiheitlicher Grundrechte in der BRD darstelle. Grund für den Konzilsbeschluß war eine Aussage des Kurators des Oldenburger Hermann-Ehlers-Wohnheimes, der festgestellt hatte, daß Marxisten und Revolutionären in dem Wohnheim nichts zu suchen hätten. Nicht zuletzt um sie ausfindig zu machen, muß ein jeder Bewerber um einen Platz einer Kommission Rede und Antwort stehen.

Dieses Verfahren stößt offensichtlich bei den meisten Studenten auf Widerstand. Das Wohnheim ist, wie man hört, nicht einmal zu einem Drittel besetzt.

Zulassungen

Auf die etwa 260 im lokalen Zulassungsverfahren zur Verfügung stehenden Studienplätze haben sich nach Auskunft des Immatrikulationsamtes insgesamt 830 Personen beworben. Den Spitzensitz nimmt dabei, wie auch in den Semestern davor, die Sonderpädagogik ein. Auf die 30 Studienplätze entfielen nicht weniger als 293 Bewerbungen.

Semesterferienjob

Hochschullehrer (37) sucht
in der Zeit vom 1. 8.-15. 10.
76 Semesterferienjob gleich
welcher Art. Angeb. unter
BR 3734 an die NWZ Oldb.

Da "an der Universität Oldenburg auch während der Semesterferien, sogar in der Zeit vom 1.8. bis 15.10.1976, dringende Arbeiten zu erledigen sind" bot der Kanzler der Universität, Jürgen Lüthje, jenem unbekannten Hochschullehrer eine Arbeit an, der in der NWZ vom 21.7.1976 "einen Semesterferienjob gleich welcher Art" suchte. Der 37-jährige unausgelastete Hochschullehrer kann sich allerdings keine Hoffnung auf zusätzliche Bezahlung machen, denn der Kanzler geht "davon aus, daß Ihr Gehalt auch während der Semesterferien weiterläuft".

Vorsichtige Stellungnahme der Landesregierung

»Arbeitsmarktentwicklung« vor dem Parlament

Zurückhaltend hat der Staatssekretär im niedersächsischen Wissenschaftsministerium, Professor Dr. Freiherr von Campenhausen, die Kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten Rau, "Umfrage der Universität Oldenburg zur Arbeitsmarktentwicklung und Arbeitsmarktpolitik" beantwortet. Rau hatte u.a. daran Anstoß genommen, daß im Rahmen des Forschungsvorhabens "Ökonomisch bedingter Arbeitsplatzwechsel Umschulungsmaßnahmen im Nordwestraum", das vom Land Niedersachsen gefördert wird, viele Betriebsräte nach Konflikten zwischen Belegschaft und Betriebsleitung gefragt wurden, ohne daß die jeweiligen Betriebsleitungen davon unterrichtet waren. Er wollte in diesem Zusammenhang auch wissen, ob durch diese Umfrage Betriebsratsvorsitzende zu Handlungen veranlaßt wurden bzw. guten Glaubens Handlungen begingen, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Unternehmungsleitung beeinträchtigten und eventuell zur Abberufung oder sogar zur fristlosen Entlassung dieser Personen führen könnten. Campenhausen erklärte dazu, daß es nach Auffassung der Landesregierung sicherlich hilfreich gewesen wäre, die Unternehmensleitungen von der Umfrage zu informieren. Gleichzeitig erklärte er jedoch, daß der Landesregierung nicht bekannt geworden sei, daß durch die Umfrageaktionen den Unternehmen oder Betriebsratsvorsitzenden tatsächliche oder rechtliche Nachteile entstanden seien.

Abstreiten möchte er auch nicht, daß die Frage nach Konflikten zwischen Belegschaft und Betriebsleitung, die den Hintergrund der in der Umfrageaktion erbetenen Information bilden, eine hohe Bedeutung für die Einschätzung der Entwicklung der betrieblichen Arbeitssituation in einer Krise habe (s. auch uni-info 11 und 13/76). gh

Minister gegen BuF-Vorschlag

Scharf abgelehnt hat das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft den Vorschlag des Bundes Freiheit der Wissenschaft, die Probleme der geburtenstarken Jahrgänge, der Studienreform und der Zulassungsbeschränkungen an Hochschulen durch ein kompliziertes System hoher Studiengebühren und deren Deckung durch Studiendarlehen des Staates zu bewältigen. In einer Mitteilung dazu heißt es, die Entlastung der Professoren durch Abwälzung von Studienreform und bessere Kapazitätsauslastung auf ein angeblich "marktgerechtes" System von Studiengebühren und Darlehen der Studenten belaste einseitig die Studenten und ihre Familien. Die Vorschläge des Bundes Freiheit der Wissenschaft führen zu einer neuen Form des sozialen Numerus clausus.

Stellenausschreibungen

Die Organisationsabteilung sucht zum sofortigen Antritt einen Regierungsinspektor (Bes.Gr. A 9). Aufgabengebiet: Koordination des allgemeinen Geschäfts- und Dienstbetriebes (Telefonzentrale, Poststelle, Druckzentrum), Erarbeitung von Richtlinien für die Arbeitsplatzgestaltung, Durchführung und Auswertung von Arbeitsplatzanalysen, Ausbau des Vordruckwesens. Bewerber müssen die Laufbahnprüfung für den gehobenen, allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienst nachweisen. Bewerbungen an den Rektor der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, 2900 Oldenburg, unter Angabe der Kennziffer V 1 - 12. Bewerbungsschluß: 27.8.1976.

In der Abteilung I ist eine MTL-IV-Botenstelle zu besetzen. Aufgabengebiet: Transport der Dienstpost innerhalb der Universität und zu verschiedenen Behörden in der Stadt Oldenburg, Frankieren der abzusendenden Post und Überbringung an das Hauptpostamt. Hinweis: Auf diese Stelle können sich auch Mitarbeiter aus der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bewerben. Bewerbungen bis zum 10. September 76 an den Rektor der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstr. 67-99, 29 Oldenburg.

BAT-VIII-Stelle in der Pressestelle zu besetzen. Vom Bewerber werden Erfahrungen in der Presse- und Informationsarbeit erwartet. Bewerbungen bis zum 1. September 76 an den Rektor der Universität Oldenburg.

Arbeitszeit

Zwischen Personalrat und Rektor ist eine Neuregelung der Gleitarbeitszeit vereinbart worden. Danach muß jeder Mitarbeiter mindestens bis 15.30 Uhr und nicht wie bisher bis 15.00 Uhr an seinem Arbeitsplatz bleiben. Lediglich am Freitag und vor Feiertagen dauert die Kernarbeitszeit nur bis 15.00 Uhr (siehe auch amtliche Mitteilung 4/76). Wie der Personalratsvorsitzende Fred Krüer dazu mitteilte, habe der Personalrat den neuen Bestimmungen aufgrund der landeseinheitlichen Regelung zustimmen müssen, die bereits vor eineinhalb Jahren erlassen worden sei. Er halte sich zugute, daß er deren Anwendung solange habe hinauszögern können.

Personalien / Personalnotizen

GUNTRUD HEISE, Studienleiterin im FB IV und WOLFGANG GÜNTHER, Studienleiter im FB III, gehören 25 Jahre dem öffentlichen Dienst an. Dafür wurden sie vom Minister für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet.

*

DR. MED. HANS-ARNOLD SIMON, bisher Vorsitzender der Universitätsgesellschaft, ist von seinem Amt aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. In einem Schreiben an den Rektor erklärte Simon, es tue ihm außerordentlich leid, daß er gerade in einem Augenblick ausscheiden müsse, in dem die Universität Oldenburg jede Unterstützung so nötig hätte. Er werde sich deshalb auf privater Ebene weiterhin für die Belange der Universität Oldenburg einsetzen.

*

MARGOT NENTWICH wurde als Raumpflegerin der Abteilung 2 eingestellt.

*

INGE FRÖSCHEN ist als Raumpflegerin der Abteilung 2 eingestellt worden.

*

DR. JÖRG WOLFF, bisher Universitätsdozent an der TU Hannover, ist zum Ordentlichen Professor im Fachbereich I "Theorie der Sozialarbeit" ernannt worden.

*

DR. OTTO LANGE ist zum Akademischen Direktor im Fachbereich I ernannt worden.